

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 6038/39  
Telefax: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 84



## Inhalt

Heidemarie Wieczorek-Zeul-MdB zum Ergebnis des Europäischen Rates in Rom: Politische Union darf keine Mogelpackung sein!

Seite 1

Ludwig Stiegler MdB zu den Waigel-Plänen: Grundgesetzwidriger Sanierungsversuch.

Seite 2

Karald B. Schäfer MdB zu der Vorstellung des Dualen Abfallentsorgungssystems: Freibrief für die Verpackunglobby

Seite 2

Manfred Reimann zur Antwort der Bundesregierung auf eine SPD-Anfrage: Geringfügig Beschäftigte schützen!

Seite 3

### Dokumentation

Unter dem Titel die "Modernisierung der SPD" hat die "Arbeitsgruppe Parteireform" beim Landesvorstand der NRW-SPD eine Analyse vorgelegt. Wir dokumentieren das Papier in mehreren Teilen.

Seite 4

45. Jahrgang / 240 /

17. Dezember 1990

### Politische Union darf keine Mogelpackung sein!

Zum Ergebnis des Europäischen Rates in Rom

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe Europäische Gemeinschaft der SPD-Bundestagsfraktion  
Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft haben auf ihrem Treffen in Rom den Startschuß für die Umwandlung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in eine Politische Union gegeben. Wir begrüßen diese Entscheidung.

Was in Rom allerdings zur zukünftigen Rolle des Europäischen Parlaments zu Papier gebracht wurde, ist absolut ungenügend und enttäuschend. Wir können einer Politischen Union nur zustimmen, wenn das Europäische Parlament die Rechte erhält, die einer frei gewählten Volksvertretung in einer Demokratie zustehen. Die zukünftige Politische Union darf nicht weniger demokratisch sein als ihre Mitgliedstaaten.

Unbefriedigend, weil zu unpräzise und umstritten, sind die Vorstellungen zur institutionellen Weiterentwicklung. Die Staats- und Regierungschefs konnten sich nicht darauf einigen, in welchem Umfang das Verfahren von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat stärker zur Geltung kommen soll.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist ein wichtiger Faktor für die Fortentwicklung der Gemeinschaft. Gerade im Hinblick auf die bisher noch sehr kontrovers geführte Diskussion über den demokratischen Ausbau der EG muß allerdings bei den anderen Mitgliedstaaten der Eindruck von Alleingängen vermieden werden. Um bereits wahrnehmbare Irritationen abzubauen, sollte die Bundesregierung im Vorfeld wichtiger Entscheidungen die Abstimmung mit allen Mitgliedstaaten suchen.

Es ist zwar zu begrüßen, daß sich der Europäische Rat für eine Soforthilfe an die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten entschieden hat, wenn sie auch geringer ausfällt, als einige Mitgliedstaaten dies befürwortet hatten. Wir vermissen jedoch konkrete Beschlüsse zum künftigen Verhältnis zu den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas. Die SPD fordert, daß die angestrebten Assoziierungsverträge mit diesen Staaten die ganze Breite der Beziehungen umfassen und so angelegt sind, daß sie die Perspektive einer späteren Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft bieten.

(-/17. Dezember 1990/rs/tr)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mü. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemfänger Umwelt  
mit recycelten Rohstoffen  
Recycling-Paper



**Grundgesetzwidriger Sanierungsversuch**

**Zur Absicht Theo Waigels, den Bundeshaushalt über erhöhte Telefonkosten auszugleichen**

**Von Ludwig Stiegler MdB**

**Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag**

In der Stunde des Kassensturzes muß der CSU-Vorsitzende und Bundesfinanzminister den Verstand verloren haben. Anders ist sein Amok-Versuch, den Telefonkunden in die Tasche zu greifen, um seinen maroden Bundeshaushalt auszugleichen, nicht verständlich.

Was Theo Waigel im Schilde führt, verstößt erneut gegen das Grundgesetz. Dieser dreiste Versuch eines Wahlbetruges und der Abkassierung breiter Schichten wird deshalb spätestens in Karlsruhe enden, wenn es nicht auch in der Union noch ein paar Beherzte gibt, die dem Amoklauf ein Ende bereiten.

Zur Stopfung seiner Haushaltslöcher darf Waigel nicht die Telecom-Kunden heranziehen.

Schon die jetzigen Telefongebühren sind hart am Rande der Verfassungswidrigkeit, weil schon jetzt die Überschüsse bei Telecom für andere Zwecke benutzt werden, obwohl Gebühren in erster Linie Entgelt für Leistungen und nicht verkappte Steuern sind. Nur weil Theo Waigel zu feige ist, den Deutschen zu sagen, daß Steuererhöhungen notwendig sind, versucht er mit Manipulationen und Betrügereien wie der Senkung des Telefonzelltarifs Geld in Milliardenhöhe zu schinden. Mit seriösen Staatsfinanzen hat das nichts mehr zu tun. So verhalten sich Bankrotteure in einer ausweglosen Situation.

(/17. Dezember 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Freibrief für die Verpackungslobby**

**Zur Darstellung des Dualen Abfallentsorgungssystems**

**Von Harald B. Schäfer MdB**

**Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion**

Es wird immer deutlicher, daß die töpferischen Verpackungsmüll-Aktivitäten vor allem auf eines hinauslaufen: Die Verpackungsindustrie kann ungestört so weiter produzieren wie bisher. Nicht umsonst nehmen die Verpackungskünstler in der deutschen Wirtschaft die führende Rolle bei dem jüngst vorgestellten Dualen Entsorgungssystem ein. Auf diese Weise erreichen sie, daß Maßnahmen zur Müllvermeidung bereits am Entstehungsort, die ihre Produktionsstätigkeit beeinträchtigen, unterbleiben.

Zwar ist das Bestreben, die Recycling-Quoten zu erhöhen, durchaus zu begrüßen. Erstes Ziel einer vorsorgenden Umweltpolitik muß es aber sein, Abfälle möglichst gar nicht erst entstehen zu lassen. Denn ein Wiederverwertungssystem wird immer nur einen Teil der genutzten Verpackungen erfassen. Die Recyclingverfahren benötigen überdies Energie und sind mit Schadstoff-Immissionen verbunden. Zudem haben vielerorts ja die Kommunen funktionierende und leistungsfähige Sammelsysteme aufgebaut. Diese werden mit der Einführung der Dualen Entsorgung zusammenbrechen. Mit der Verlagerung auf die Privatwirtschaft schwinden öffentliche Kontrolle und Einflußmöglichkeiten der Bürger auf die Gestaltung des Entsorgungssystems. Nicht der Nutz der Umwelt, sondern betriebswirtschaftliche Erwägungen werden bei dem Dualen System im Vordergrund stehen.

Die Initiatoren des Dualen Systems wissen selbst nicht, ob sie ihre Versprechungen zu Erfassung und stofflicher Verwertung von Verpackungsabfällen halten können. Sie haben noch nicht einmal klare Vorstellungen über die Art und Weise der Einsammlung. Auch muß der Konsument mitspielen und die mit dem grünen Punkt versehenen Verpackungen tatsächlich zu einer Abgabestelle bringen. Die erforderlichen Sortier- und Recyclinganlagen sind noch nicht einmal in der Planung. Abfälle, die nicht sortierbar sind, landen dann aber in der Müllverbrennungsanlage. Dem Bürger wird jedoch vorgegaukelt, daß mit dem Wurf der benutzten Verpackung in die Wertstofftonne alle Umweltbelastungen ausgeräumt sind. Der Anreiz, auf Einwegverpackungen zu verzichten, entfällt. Das Duale Entsorgungssystem in der jetzt geplanten Form wird die Abfallprobleme unserer Wohlstandsgesellschaft nicht lösen.

Und noch eines: Die Duale Abfallwirtschaft stellt - rechtlich abgesichert durch die Verpackungsverordnung - Länder und Kommunen ohne ausreichende politische Diskussion vor vollendete Tatsachen. Viele haben noch nicht einmal erkannt, welche revolutionäre Umgestaltung die weitgehende Privatisierung der Hausmüllentsorgung darstellt und vor allem fehlen zuverlässige Untersuchungen über die ökologischen Folgen dieser Neuerung.

(-/17. Dezember 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Geringfügig Beschäftigte schützen!**

**Zur Antwort der Bundesregierung auf eine SPD-Anfrage**

**Von Manfred Reimann MdB**

**Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Arbeit- und Sozialordnung**

Die Antwort der Bundesregierung auf meine Anfrage nach den Erkenntnissen über geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zeigt den dringenden Handlungsbedarf in dieser Sache. Entgegen früherer Schätzungen, sind 5,1 Millionen Menschen als geringfügig Beschäftigte, davon allein 67 Prozent Hausfrauen u.ä., registriert, das heißt:

- ihr Arbeitsentgelt liegt unter 450,- DM,
- weder von ihnen noch von ihren Arbeitgebern werden Sozialversicherungsbeiträge gezahlt und
- sie erwerben keinen Rentenanspruch.

Diese hohe Zahl bestätigt die Forderung der SPD-Sozialpolitiker, daß die Geringfügigkeitsgrenze in der Sozialversicherung für Arbeitnehmerinkommen weitgehend und schnellstens beseitigt werden muß.

Die vom Arbeits- und Sozialministerium jetzt erstmals mitgeteilten Angaben sind überdeutlich. Sie übersteigen die bisherigen, lediglich auf Schätzungen beruhenden Zahlen bei weitem. Darüber hinaus zeigen sie, daß das Problem der Altersarmut sich besonders bei Frauen weiter noch dramatisch zuspitzen wird.

Seit Anfang dieses Jahres müssen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse bei der Rentenversicherung erfaßt werden. Diese Meldepflicht bestätigt die Auffassung, daß mehr für die soziale Absicherung der Betroffenen getan werden muß. Die bloße Meldung bei der Rentenversicherung ist nicht ausreichend. Immerhin sind diese 5,1 Millionen Menschen nicht gegen

Krankheit und Not im Alter ausreichend versorgt. Da vor allem Frauen von der geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen betroffen sind, erklärt sich so das große und sich zunehmend zuspitzende Problem der Altersarmut bei Frauen. Im Januar 1989 belief sich die Durchschnittsrente einer Arbeiterin auf 515 DM, die eines Arbeiters auf 1.354 DM. Die notwendige Hilfe zum Lebensunterhalt muß trotz eines arbeitsreichen Lebens - häufig auch bei geringem Arbeitsschutz - über die Sozialhilfe zugezahlt werden.

Neben der individuellen Notlage hat dies auch gesamtgesellschaftliche Folgen:

- Den Sozialversicherungen gehen hohe Einnahmen verloren.
- Verantwortungsbewußte Arbeitgeber werden mit erheblichen Nachteilen und Wettbewerbsverzerrungen bestraft.
- Kosten für den Lebensunterhalt werden auf die öffentliche Hand verlagert.

Bereits im Rahmen der Rentenberatungen wurde ein dringender Handlungsbedarf von allen Bundestagsfraktionen erkannt. Dennoch bleibt die Bundesregierung untätig. Bereits 1989 bei den Beratungen über einen von der SPD vorgelegten Gesetzentwurf hat sich gezeigt, daß die Koalitionsfraktionen offensichtlich nicht mehr zu ihren früheren Ankündigungen stehen, das Thema der Geringfügigkeitsgrenze neu zu regeln.

Ich fordere die Bundesregierung vor dem Hintergrund der von ihr angegebenen Zahlen auf, schnellstens den von der SPD bereits in der letzten Legislaturperiode vorgelegten Gesetzentwurf zu übernehmen, der die Abschaffung der geringfügigen Beschäftigung und damit die Versicherungspflicht für alle Arbeitsverhältnisse vorsieht. Norbert Blüm ist aufgefordert, seine bereits am 22. Januar 1987 in der Sendung "Hallo Ü-Wagen" gegebene Ankündigung auch in Taten umzusetzen. Blüm sagte: "Wir müssen auch die Kleinstarbeitsverhältnisse in den sozialstaatlichen Schutz nehmen."

Dem Mißbrauch mit der Geringfügigkeitsgrenze muß ein Riegel vorgeschoben werden. Auch die geringfügig Beschäftigten müssen in den sozialstaatlichen Schutz einbezogen werden. Ihre weiter andauernde bloße Zuschauer- und Statistenrolle ist unverantwortlich und mit dem Prinzip des Sozialstaates nicht zu vereinbaren.

(-/17. Dezember 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Die Modernisierung der SPD (I)**

Unter dem Titel die "Modernisierung der SPD" hat die "Arbeitsgruppe Parteireform" beim Landesvorstand der NRW-SPD eine Analyse vorgelegt. Autoren sind: Gabriele Behler, Friedhelm Julius Beucher, Wolfgang Hahn-Cremer, Barbara Hendricks und Bernhard Kasperek. Mitautoren sind Bodo Hombach, Axel Horstmann, Karl-August Kamilli, Joachim Poß und andere. Wir veröffentlichen das Papier in mehreren Teilen.

### **Zum Wahlergebnis der SPD**

Die SPD hat die Bundestagswahl verloren. Das Ergebnis ist wesentlich davon beeinflusst, daß mit der Vereinigung Deutschlands all jene Themen in den Hintergrund gedrängt wurden, die in der alten Bundesrepublik zuvor gerade anstanden.

Mit Oskar Lafontaine stellte die SPD einen westlich orientierten Vertreter einer modernen Politikergeneration als Spitzenkandidaten heraus. Er hat das Lebensgefühl und die Problemsicht der Nach-68er-Generation repräsentiert, die ein Ergebnis der letzten 20 Jahre bundesrepublikanischer und westeuropäischer Entwicklung sind. Sie werden aber selbst in den westlichen Bundesländern nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung getragen.

Lafontaine hatte Schwierigkeiten, sich in den fünf neuen Bundesländern zu vermitteln. Die BürgerInnen dort konnten die von ihm mit angeregte Modernisierungsdiskussion, die ja selbst im Westen gegen Mißverständnisse ankämpfen mußte, nicht nachvollziehen. In wissenschaftlich begleiteten Gruppengesprächen äußerten viele ehemalige DDR-BürgerInnen ihren Eindruck, Oskar Lafontaine würde "Die Osis nicht mögen".

Die Vereinigung hat nicht nur einen dramatischen Wechsel der Themen bewirkt, die die Menschen bewegen, sondern auch das sozialdemokratische Selbstverständnis angegriffen. Der Dissens über die Deutschlandpolitik wäre zwischen der Brandt-Generation und Lafontaine als Repräsentant der Jüngeren auch bei einem Wahlsieg der SPD innerparteilich mit Schärfe hervorgetreten. Das sehr unterschiedliche Wahlverhalten der Generationen drückt eine kulturelle Spaltung aus, die sich auch in Stil, Habitus und Konsumverhalten zeigt. Äußerlichkeiten werden zum sichtbaren Zeichen für Unterschiede.

Weitere Anmerkungen:

- Es reicht der SPD offenbar nicht, Partei der Jüngeren und Modernen zu sein, weil sie dann auf eine strukturelle Minderheitenposition festgeschrieben wäre.
- Die SPD hat bei dieser Wahl viel mehr TraditionswählerInnen verloren als das Ergebnis auf den ersten Blick deutlich macht; Wir haben von den Grünen mehrere Procente gewinnen können, so müssen jene in höherem Maße zu Hause geblieben sein, die uns in vorangegangenen Wahlen ihre Stimme gaben.
- Daß weit mehr als 60 Prozent der Arbeiter in den neuen Bundesländern CDU wählten, muß auch für den Westen als Warnung dienen. Diejenigen, die bei den Landtagswahlen 1985 und 1990 die NRW-SPD wählten, dürfen nicht das Gefühl bekommen, dabei einen Fehler gemacht zu haben. Die in Nordrhein-Westfalen verbreitete Ansicht, daß rot und grün zusammen weniger ist als rot alleine, hat bei dieser Wahl neue Nahrung gefunden.
- Wir müssen daher regionale Eigenständigkeiten der Partei, die dem Identifikationsbedürfnis der Menschen entsprechen, auch in Zukunft noch stärker erfahrbar machen. Die Verluste in den von der SPD allein oder mitregierten Ländern machen deutlich, wie dringend der Rekonstruktionsprozeß unserer Partei geworden ist, der sich aus den Ländern und Kommunen entwickeln muß.
- Die WählerInnen kommen nicht von alleine zu uns. Man muß ihnen verständliche politische Angebote machen. Das Themenbündel der SPD aus den 80er Jahren konnte den einen noch nicht als den Notwendigkeiten entsprechend vermittelt werden, und lag anderen schon zu weit zurück. So sehr unser Programm "Fortschritt '90" die verschiedenen Einzelaspekte zu einem Gesamtkonzept zusammenführte, so wenig ist es in der öffentlichen Debatte gelungen, die Gesamtsicht zu erhalten.

Dies hätte auch ohne das Überthema Deutschlandpolitik für die SPD Einbußen bedeuten können. Wir wollen keinem Repräsentationsmythos das Wort reden, der beinhaltet, daß man sich nur von seinen gleichen politisch vertreten fühlen könne, aber es war falsch, daß es bei dieser Wahl keine Mannschaft gab, die das Profil Oskar Lafontaines thematisch und auf Zielgruppen bezogen ergänzt hätte. Die Menschen müssen die berechnete Erwartung haben können, daß sich führende Sozialdemokraten für ihre Belange interessieren.

**Zur Situation der anderen Parteien:**

- Obwohl die Ausgangssituation für die CDU so günstig war wie nie zuvor, hat sie ihr niedrigstes Ergebnis seit langem eingefahren. Dem CDU-Analytiker Basilius Streithofen ist zuzustimmen, der davon spricht, daß die Person des Kanzlers die Krise der Union überdeckte. Man kann hinzufügen, daß die deutsche Vereinigung jene zuvor offensichtlichen Schwächen des Kanzlers übertünchte, die gute Aussicht haben, wieder ans Tageslicht zu kommen, wenn der Alltag die Politik in unserer Republik wieder eingeholt hat.
- Die FDP hat offensichtlich ein Ausnahmeergebnis erzielt, das durch die historische Konstellation und den 64jährigen Außenminister Genscher begründet ist, und das zu bewahren einem Möllermann nicht zugetraut werden kann. Betrachtet man das Erst- und Zweitstimmenergebnis, so läßt sich erkennen, daß die FDP kein festes eigenständiges Profil entwickeln konnte, sondern vor allem als Koalitionselement wahrgenommen wurde.
- Die sogenannten Republikaner scheinen auf Bayern zurückgedrängt und bundespolitisch tot zu sein.
- Die PDS ist nicht Zuflucht der Mühseligen und Beladenen, sondern der Belasteten (der SED-Vergangenheit). Wir erwarten deshalb, daß es diese Partei nicht mehr lange geben wird. Ihr im Untergrund versickertes Vermögen wird mit dem Stasi-Auslandsgeld zusammengeworfen und schließlich von Stasi-Auslandspensionären verbraucht werden. Regelmäßige Enthüllungen von SED/Stasi-Kolonien, seien sie auf Ibiza oder sonstwo, sind zu erwarten. Sie werden aber mehr ein Fall für die Staatsanwaltschaft als für die Politik.
- Die Grünen haben ihre schönste Zeit hinter sich. Das ökologische Thema ist Allgemeingut geworden. Neue Themen haben sie nicht entwickelt. Ihre Wähler sind mit ihnen älter geworden, die Schickis haben sie mit der FDP betrogen. Die Spaltung zwischen Realos und Fundis ist überfällig, und den Realos wird es schwerfallen zu erklären, warum sie nicht, wie Otto Schily, in die SPD eintreten. Noch nicht erklärt ist die Tatsache, daß die Grünen 800.000 (Infas) mehr Erststimmen als Zweitstimmen erhielten.

Diese kurze Betrachtung des Wahlausgangs macht deutlich: Wenn die Vereinigung zum Alltag geworden ist, brauchen wir einen Kohl-Herausforderer, der die Gewähr dafür bietet, daß die SPD mit ihren politischen Konzepten, in ihrer inneren Struktur und in ihrem Erscheinungsbild mit der Geschwindigkeit der Entwicklungen in unserer Gesellschaft Schritt zu halten vermag - ohne unsere traditionellen WählerInnen abzuhängen. Unser Zukunftsentwurf kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn er modernes Denken mit Bodenhaftung, moralische Prinzipien und Pragmatismus vereint.

Wir Sozialdemokraten haben große Anstrengungen vor uns: Wir müssen Gruppen und Schichten erschließen, die uns bisher nicht ihre Stimme gaben, und wir müssen Gruppen zurückgewinnen, die uns nicht mehr gewählt haben.

(den zweiten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

(-/17. Dezember 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*